

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 9 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch unsere Vertreter in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 22, durch die Post bezogen vierteljährlich 60, mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Postbestellungen werden sofort besorgt und die Bestellungen werden jederzeit Besorgungen erfolgen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis: 20. Für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, 20. Für die 3-spaltige Kopfzeile 30. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Zeitungsanzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 20. Nachweisungs-Gebühr 50 Pf. Anzeigen-entwurf 10 Pf. Für die Nachfrist der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenentwurf erfolgt, wenn der Beitrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 34

Donnerstag den 9. Februar 1922.

81. Jahrgang

Landabzug von Braunkohlenbriketts betr.

Der Reichskommissar hat den Bezug von Braunkohlenbriketts im Wege des Landabzuges zur Zeit in größeren Mengen freigegeben. Mit Rücksicht darauf, daß in der nächsten Zeit mit einer nennenswerten Zufuhr von Kohlen auf dem Bahnwege nicht zu

rechnen ist, ist es dringend erwünscht, daß von der gegebenen Möglichkeit, besonders auch von Händlern, in ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht wird, sobald die infolge des Schneefalles ungünstigen Wegeverhältnisse sich gebessert haben.

Bezugscheine können jederzeit bei der Amtshauptmannschaft angefordert werden. Meißen, am 4. Februar 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Die Indeziffer.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird und geschrieben:

Berechnungen sogenannter Indeziffern, die in der letzten Zeit so viel genannt werden und die angeben, um wieviel in einer gewissen Zeit der Preis einer Ware gegenüber einem bestimmten, als Grundlage gewählten Preise gestiegen oder gefallen ist, werden im Wirtschaftsleben der Völker schon ziemlich lange angefertigt. Dennoch blieb ihre Kenntnis sowie die praktische Anwendung zumeist auf die zukünftigen Wirtschaftler und auf Handelsleute beschränkt. Während des Weltkrieges konnte man schon weit häufiger als in Friedenszeiten Indeziffern, besonders des englischen Wirtschaftslebens in unseren Tageszeitungen finden. Nicht vollständig wurden die Indeziffern jedoch erst mit dem Augenblick, da nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch infolge der fürchterlichen und auferlegten Friedensbedingungen und der ständig steigenden Papiergeldwert jeder feste Maßstab für Preisveränderungen verloren gegangen war. Angesichts unserer stetig schwankenden Währung mußte ein fester Maßstab gesucht werden, den man in der Indezifferberechnung auch fand. Bei der Berechnung der Indeziffer legte man die Ziffer 100 für die Jahre 1913 oder 1914 zugrunde. Leider gibt es heute eine verhältnismäßig große Anzahl dieser Indeziffern, die, jeweils nach verschiedenen Methoden und unter verschiedenen Gesichtspunkten aufgestellt, mit ihren naturgemäß auch völlig ausfallenden Ergebnissen den Resultaten verwirrend wirken. Eine Vereinheitlichung unter Zugrundelegung eines gewissen Normalsystems dürfte diesen Berechnungen zu größerer Vollständigkeit verhelfen.

Die meist genannte Maßzahl ist die Grobhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamtes zu Berlin, die den Preis von 38 Grobhandelswaren im Jahre 1913 gleich 100 setzt und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung der betreffenden Waren das Verhältnis der Preise dieser Waren zum Friedenspreis berechnet. Nach den letzten Angaben über die Preisbewegung im Großhandel während des Dezember 1921 ist unter dem Einfluß der Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen die Indeziffer von 3416 im Durchschnitt des Monats November auf 3487 im Durchschnitt des Monats Dezember gestiegen, d. h. es wird festgestellt, daß die Preishöhe der zur Berechnung genommenen Grobhandelswaren 4,8mal so hoch wie im Frieden ist. Die Grobhandelsindeziffer weist sich naturgemäß immer nach einer gewissen Zeit im Kleinhandel aus. Sie hängt eng mit dem Marktpreis zusammen. Der Einzug der deutschen Mark spiegelt sich daher auch in den ständig steigenden Preisen des Kleinhandels wider, die der Berechnung der Kosten für die Lebenshaltung zugrundegelegt werden müssen. Hierfür gibt das genannte Statistische Reichsamt ebenfalls sorgfältig berechnete Zahlen (die sogenannte Indeziffer für die Lebenshaltungskosten). Diese umfassen die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande des letzten Wirtschaftsjahres und liegen vom November zum Dezember von 1397 auf 1550, demnach um 153 Punkte oder 11 Prozent. Gegenüber dem Dezember 1920 beträgt die Steigerung 66 Prozent und gegenüber dem Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, sogar 71 Prozent. Die Indeziffer für die Ernährung allein hat eine beträchtliche Steigerung erfahren. Sie ist um 174 Punkte oder 9,1 Prozent auf 2088 gestiegen. Dieser Maßzahl für die Lebenshaltung liegt die Normalkost für eine fünfköpfige Familie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren) im Jahre 1913/14 zugrunde. Die letzten besonders stark gestiegenen Preise für Bekleidungsstücke werden hier jedoch nicht berücksichtigt.

Nach anderer Art berechnet beispielsweise auch die Frankfurter Zeitung eine oft zitierte Indeziffer, die als Basis den Preisdurchschnitt von 77 Grobhandelsartikeln nimmt. Von weiteren bemerkenswerten Maßzahlen privater Seite seien noch die von Rich. Calmer erwähnt, der seinen Berechnungen die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie zugrunde legt und seine Indeziffern aus Zweckmäßigkeitsgründen in sogenannte „große“ bzw. „kleine Nationen“ einteilt. Auch die Indeziffern von Dr. C. L. S. in Frankfurt a. M. sind ihrer Genauigkeit und Vollständigkeit halber bemerkenswert. Während diese Zahlen vor allem den Preisdurchschnitt der Warenpreise bzw. Lebenshaltungskosten wiedergeben, beziehen sich verschiedene Indeziffern nur auf ganz bestimmte Orte. So berechnet Silberglück tausend die Ernährungspreise für eine vierköpfige Familie in Berlin, wie Kuczynski diese für Berlin-Schöneberg aufstellt.

Streik-Ende?

Berlin, 8. Febr. (tu.) Amtlich. Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften, des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Postgewerkschaft wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks stattfanden, führten gestern abend 9 Uhr zu folgender, auch vom Reichskanzler gebilligter Erklärung: Die Reichsgewerkschaft gibt die Erklärung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hatte, daß bei sofortigem Abbruch des Streikes die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufzustellenden Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks von der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmaßnahmen, von Disziplinarverfahren und Massenentlassungen absehen. Den in Frage stehenden Beamten wird das Beschwerderecht selbstverständlich gewahrt werden. Damit ist der Streik der Eisenbahner beendet. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, noch am Abend an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streikes ergehen lassen zu wollen.

In früher Morgenstunde ging uns diese klar und deutlich lautende Meldung durch unsere Telegraphenagentur zu. Und trotzdem, daß sie als amtlich bezeichnet wird, scheint noch nicht alles in dem Topfe zu sein, in dem es kocht. Jedenfalls konnte sie uns von keiner anderen Seite bestätigt werden. Nicht einmal die Landesstelle Sachsen der Reichsgewerkschaft konnte oder wollte davon etwas wissen, obwohl man doch annehmen muß, daß ein so eminent wichtiger Beschluß, der abends 9 Uhr in Berlin gefaßt wird, am anderen Tage vormittags in Dresden angekommen sein müßte. Es scheint vielmehr, daß sich hinter den Kulissen zurzeit noch Vorgänge abspielen. Die nächsten Stunden bringen sicher Klarheit in das Dunkel. Auch die Telegraphenunion konnte uns bis 2 Uhr nachmittags nicht näher informieren. Lediglich die folgende Meldung von Leipzig spricht noch von dem Streik-Ende:

Leipzig, 8. Febr. (tu.) Da die Meldung vom Abbruch des Eisenbahnerstreiks erst heute morgen allgemein bekannt wurde, war die Zahl der sich zum Dienst meldenden Beamten in den ersten Vormittagsstunden noch sehr gering. Da aber infolge des Ultimatus des Reichsverkehrsministers sich am Dienstag nachmittags eine Anzahl Zug- und Betriebspersonal zum Dienst zurückgemeldet hatte, hofft man im Laufe des heutigen Tages mit den Vorbereitungen soweit zu kommen, daß bereits morgen Donnerstag wieder eine ganze Anzahl Züge wieder verkehren können.

Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 8. Febr. (tu.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute vormittags 11 Uhr eine Sitzung ab, um zu dem beendeten Eisenbahnerstreik und den etwaigen Disziplinarfolgen Stellung zu nehmen.

Die Lage am Dienstagabend.

Im übrigen erhielten wir noch die folgenden Nachrichten, die sich über die Lage am Abend des Dienstag also auslassen:

Berlin, 7. Febr. Gestern abend haben sich zwei Führer des Deutschen Beamtenbundes zum Reichsverkehrsminister begeben, um seine Stellungnahme zur Maßregelung der am Streik beteiligten Beamten kennen zu lernen, da die Reichsgewerkschaft sich zwar mit den Abmachungen, die gestern nachmittags im Finanzministerium getroffen wurden, einverstanden erklärte, aber ihre weitere Stellungnahme davon abhängig machte, ob Maßregelungen stattfinden würden oder nicht. Ein Schritt zum Abbruch des Streikes ist also noch nicht getan worden. Der Reichsverkehrsminister schickte den Vertretern des Beamtenbundes die Rechtslage dahin, daß die nach dem Gesetze einzuleitenden und teilweise schon eingeleiteten Disziplinarverfahren durchgeführt werden müssen, soweit es sich um unkündbare Beamte handelt. Soweit kündbare Beamte in Frage kommen, bei denen die Entlassung ausgesprochen wurde, bleibt diese Entlassung aufrechterhalten. Es soll festgestellt werden, wie weit die einzelnen Beamten am Streik beteiligt waren, und auf Grund einer Prüfung befällt sich der Minister vor, ob er gegen eine Anzahl vorgehen will oder nicht. Was die Arbeiter anbetrifft, so werden sie im Rahmen des öffentlichen Bedürfnisses wieder eingestellt werden. Bei Ausübung jener notwendigen gesetzlichen

Maßnahmen wird nach Möglichkeit keine Härte eintreten. Während die Auffassungen in einzelnen Fällen sollen berücksichtigt werden und alle persönlichen Beschwerdeberechtigten dem Beamten vorbehalten. Mit Rücksicht auf die dienstlichen gebliebenen Beamten sei es jedoch unbedingt notwendig, daß die Führer und Hauptschuldigen der Streikbewegung nicht strafflos ausgeben können. Das Kabinett hat dem Verkehrsminister in dieser Frage soweit freie Hand gelassen, als er sie innerhalb seiner Zuständigkeit zu behandeln hat. Ueber die Frage der Vornachdigung dagegen entscheidet weder der Verkehrsminister noch das Kabinett, sondern ausschließlich der Reichspräsident.

Berlin, 8. Febr. (tu.) Nach den amtlichen Abendberichten des Reichsverkehrsministeriums über die Lage des Eisenbahnerstreiks ist es in Bayern nach wie vor ruhig, ebenso in Württemberg. In Baden ist der Streik auf die Lokomotivführer beschränkt geblieben. Der Postbetrieb im Reich ist weiter ausgebaut worden, namentlich im durchlaufenden Kohlenverkehr wurden eine Reihe wichtiger Züge gefahren.

Berlin, 7. Febr. Wie die Rote Fahne mitteilt, hat eine heute vormittags in Berlin stattgefundene Funktionärerversammlung der streikenden Eisenbahner zu dem gestrigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen und einstimmig beschlossen, den Streik weiterzuführen.

Deute soll abermals von den sozialistischen Parteien versucht werden, eine Einigung zwischen den Streikenden und der Regierung herbeizuführen. Von der Reichsgewerkschaft wird jedoch ausdrücklich betont, daß nach dem augenblicklichen Stand der Dinge mit einem Abbruch des Streikes heute nicht mehr zu rechnen sei.

Der Reichstag.

Berlin, 7. Febr. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung, an der auch der Reichskanzler teilnahm, beschlossen, die heutige Plenarsitzung ausfallen zu lassen. Es ist in Aussicht genommen, die Sitzung nunmehr Donnerstag oder Freitag stattfinden zu lassen. Der Termin wird davon abhängig sein, wie es dem Reichsverkehrsminister gelingt, besondere Parlementszüge einzulegen. Der Reichspräsident wird sich in dieser Beziehung mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung setzen, ehe er die Sitzung anberaumt.

Berlin, 7. Febr. Nach Beendigung der Sitzung des Aulienauschusses wird das Reichskabinett entweder in Form einer Ebesbesprechung oder Hinzuziehung der Führer der Regierungsparteien wieder zu einer Beratung zusammentreten. In diesem Kabinettsrat soll ferner ein Ueberblick über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Eisenbahnerstreiklage gewonnen werden. Die Besprechungen dürften sich hauptsächlich um die Frage der Maßregelung der streikenden Eisenbahner drehen. Die Streiklage ist zur Stunde noch nicht so weit geklärt, daß man schon einen bestimmten Zeitpunkt der Beendigung des Eisenbahnerstreiks bezeichnen könnte.

Reichspräsident und Strafandrohung.

Berlin, 7. Febr. Es verlautet mit aller Bestimmtheit, daß auch der Reichspräsident Ebert erklärt habe, er könne nicht für eine Straffreiheit der streikenden Eisenbahner stimmen.

Reichsgewerkschaft und Beamtenbund.

Berlin, 7. Febr. Der im Streik befindliche Teil der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter hat dem Deutschen Beamtenbund mitgeteilt, daß er in ihm nicht mehr seine Spitzenorganisation erblickt. Es wird angenommen, daß die Streikenden sich bereits an eine linksstehende Gewerkschaftsrichtung zwecks Anschluß gewendet haben.

Kein Streik der Postbeamten.

Berlin, 8. Febr. (tu.) Wie spät abends mitgeteilt wird, hat sich der Aktionsausschuß des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten gestern abend entschlossen, seine Aufforderung zum sofortigen Streikbeginn ab heute morgen 6 Uhr zurückzuziehen. Heute nachmittags sollen neue Beschlüsse gefaßt werden.

Stillelegung der Leipziger Großbetriebe.

Leipzig, 8. Febr. (tu.) Wie der Leipziger Volkszeitung von zuverlässiger Seite mitgeteilt wurde, werden vom Mittwoch ab sämtliche Textilgroßbetriebe und ein Teil der Metallbetriebe still gelegt, so daß die Arbeiterschaft zum Feiern gezwungen ist.

Schulstich wegen Kohlenmangel.

Leipzig, 8. Febr. (tu.) Da in den meisten städtischen Schulen nur noch geringe Heizstoffvorräte vorhanden sind und infolge des Eisenbahnerstreiks innerhalb der nächsten Woche Kohlenzufuhren nicht zu erwarten sind, hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, sämtliche städtischen Schulen soweit sie nicht zu Prüfungen gebraucht werden, auf acht Tage, und zwar vom 8. bis einschl. 15. Februar zu schließen.